

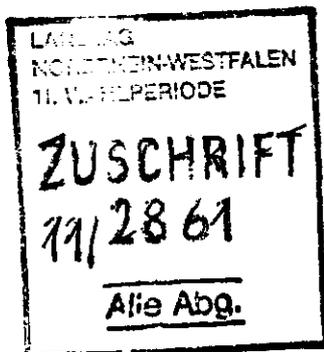
**Der Vorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft**
Postfach 25 09, 48012 Münster
Sperlichstr. 25, 48151 Münster
Telefon 02 51 / 97 39 - 231/232
Telefax 02 51 / 97 39 - 230

**Arbeitsgemeinschaft
der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege
des Landes
Nordrhein-Westfalen**

AG Freie Wohlfahrtspflege, Sperlichstraße 25, 48151 Münster

**Präsidentin
des Landtags NRW
Frau Ingeborg Friebe
Haus des Landtags**

40001 Düsseldorf



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverbände



Diözesan-
Caritasverbände



Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband



Deutsches Rotes Kreuz
Landesverbände



Diakonische Werke
Landesverbände



Jüdische Kultusgemeinden
Landesverbände

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Tasch/Zeichen

25.09.1993

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen zum Entwurf des Haushaltsplanes 1994 der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Präsidentin Friebe,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Freie Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen wendet sich an Sie in schwerer Sorge um die Existenz von sozialen Einrichtungen und Diensten in unserem Lande angesichts der dramatischen Finanzierungssituation. Die Probleme der öffentlichen Haushalte sind uns gewiß bekannt und wir entziehen uns nicht der Einsicht, daß gespart werden muß.

Trotzdem machen die gravierenden sozialen Probleme in unserem Lande wie Wohnungsnot, die sich verschärfende Armut immer größerer Kreise der Bevölkerung, die steigende Arbeitslosigkeit mit dem besonderen Problemkreis der Langzeitarbeitslosigkeit und der Einwanderungsdruck eine vorausschauende Sozialpolitik unerläßlich. Diese jedoch ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Gerade in schwierigen Zeiten ist die freigemeinnützige Arbeit von Wohlfahrtsverbänden nötiger denn je. Trotz des unermüdlichen Engagements hunderttausender ehrenamtlich tätiger Helfer und Mitglieder unserer Verbände ist der qualifizierte und professionelle Einsatz hauptamtlicher Mitarbeiter erforderlich.

Die damit verbundenen Finanzierungsprobleme werden exemplarisch bei den Zuschüssen an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen (Globaldotationen) deutlich. Die Ansätze für die Globaldotationen sind seit mehreren Jahren de facto überrollt worden. Die geringen Steigerungsraten zu Beginn dieses Jahrzehntes (1,5% von 1990 zu 1991, 0,4% von 1991 zu 1992) konnten schon alleine die Personalkostensteigerungen infolge von Tarifierhöhungen bei weitem nicht ausgleichen. Auch für das kommende Haushaltsjahr wird keine Erhöhung des Haushaltsansatzes vorgesehen. Gleiches ist dem Vernehmen nach für das Haushaltsjahr 1995 geplant.

Wie die Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalens immer wieder betont hat, bedeutet eine faktisch gleichbleibende Höhe der Landesförderung bei einer Personalkostenfinanzierung durch eine Explosion der Tarif- und Sachkostensteigerungen letztlich, daß der Anteil der Landesförderung immer weiter absinkt.

Dieser Vorgang kann sich nicht beliebig oft wiederholen, wenngleich die in unserer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Spitzenverbände alle Anstrengungen unternommen haben und weiterhin unternommen werden, durch effizienten Einsatz von Personal und intelligentes Sparen eine Minimierung des Kostenaufwandes zu bewirken. Daß die Wohlfahrtsverbände dabei entsprechend ihrer Tradition im Vergleich zu staatlichen oder kommunalen Behörden bei weitaus geringeren Kosten erheblich mehr bewirken, wird nicht ernsthaft bestritten. Ganz im Gegenteil hat Herr Prof. Dr. Ellwein in seinem kürzlich veröffentlichten Gutachten bezugnehmend auf die Wohlfahrtsverbände ausdrücklich festgestellt: "Die vorliegenden Zahlen lassen nur erkennen, daß die Zentralen im Lande oder in den kirchlichen Einheiten mit relativ wenig Personal auskommen, das landesbezogen die Tausend nicht wesentlich übersteigen dürfte."¹

Die erfolgreichen Bemühungen um eine "schlanke Verwaltung" stoßen jedoch an Grenzen. Diese Grenzen liegen dort, wo existentielle Koordinierungs- und Beratungsfunktionen im Interesse des Landes und insbesondere im Interesse der Hilfsbedürftigen und Benachteiligten unserer Gesellschaft nicht mehr wahrgenommen

1 Ellwein, Thomas. Neuordnung der staatlichen und kommunalen Arbeitsebene zwischen der Landesregierung und den Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen. Juli 1993, S. 118.

werden können. Inzwischen ist es so weit gekommen, daß Mitgliedsverbände nicht nur Einrichtungen und Dienste, sondern sogar örtliche Geschäftsstellen ihrer Untergliederungen schließen müssen, um dem drohenden finanziellen Kollaps zu entgehen. Auch diese Einschnitte sind an sich unvermeidbar. Um so dringlicher aber ist es, daß eine spitzenverbandliche Tätigkeit auf einem qualifiziertem Niveau weiterhin betrieben werden kann.

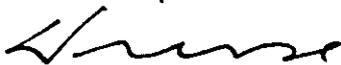
Darum ist eine finanzielle Sicherung des Fortbestandes unserer Arbeit unumgänglich. Es kann nicht angehen, daß immer weniger Mitarbeiter mit einem immer geringerem Anteil der Landesförderung immer mehr Aufgaben übernehmen, es kann nicht angehen, daß dringend erforderliche Ausbauprogramme wie der Landesaltenplan unerträglich gestreckt werden; es kann ebenso wenig angehen, daß wesentliche sozialpolitische Errungenschaften durch Kürzungen gefährdet werden.

Ganz dringend möchten wir darum bitten, unsere Ausführungen nicht als die üblichen Klagelieder von Lobbyisten abzutun, sondern alles in Ihrer persönlichen Macht Stehende zu tun, um zu verhindern, daß aus noch so verständlichen fiskalischen Erwägungen heraus soziale Strukturen zerschlagen werden, die in 40jähriger mühseliger Arbeit aufgebaut wurden. Treten Sie bitte einem drohenden Sozialabbau entschieden entgegen.

In diesem Sinne, im existentiellen Interesse zahlloser hilfebedürftiger Menschen in unserem Lande, bitten wir Sie um weitestgehende Berücksichtigung unserer Anliegen in den parlamentarischen Beratungen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin Friebe, bitte leiten Sie unsere Stellungnahme an die Damen und Herren Abgeordneten weiter.

Mit freundlichem Gruß



D i e r s e